

Sächsische Volkszeitung

Wochenausgabe: Ausgabe A mit Illust. Beilage zweitälterlich 3.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. — **Wochenausgabe B** zweitälterlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — **Geschäftsstelle der Redaktion:** 11 bis 12 Uhr vermittelbar.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr herum. — **Spiegel für die Volks-Spaltete 10 J. im Reformteil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. —** Für unbedeutliche geschriebene, sowie durch Schreiber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das Deutsche Rätesystem

Nachdem seinerzeit unter dem Druck schwerer inner-politischer Unruhen die „Veranfernung“ des Rätesystems in der Verfassung und ein Rätegesetz zustande gekommen waren, ist die Regierung jogleich nach der Verabschiedung der Verfassung mit der bezüglichen Gesetzesvorlage hervorgetreten. zunächst handelt es sich gewissermaßen um den Unterbau des gesamten neu zu schaffenden Rätesystems. Fürs erste wird die Räteorganisation in den wirtschaftlichen Betrieben festgelegt. Statt der bisher überragenden und einzigen bestimmenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe soll nunmehr eine wirtschaftliche Demokratie Platz greifen. Es wird prinzipiell die Gleichstellung der Arbeiterschaft mit den Arbeitgebern für alle sozialen und sozialpolitischen Betriebsfragen festgelegt. Die Angelegenheiten der Arbeitsordnung vor allem werden der paritätischen Mitbestimmung unterstellt. In jedem Betriebe, der mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt, ist ein Betriebsrat zu bilden. Die kleineren Betriebe von 5 bis 20 Arbeitern werden durch Obaleute vertreten. Das Wahlrecht beginnt schon mit 18 Jahren, während die bisherigen seit der Revolution gebildeten Ausschüsse ein Wahlalter von 20 Jahren festgesetzt hatten. Für die Wahlbarkeit, also das passive Wahlrecht, gilt schon das 20. Lebensjahr gegenüber dem 24. bisher. Die Wahlperiode beträgt vorerst ein Jahr. Es besteht aber die Möglichkeit der jederzeitigen Abberufung nicht geeigneter Arbeiterratsvertreter. Die Aufgaben der Betriebsräte werden genau umschrieben. Im wesentlichen handelt es sich, wie schon bereits gezeigt, um sozialpolitische Dinge, um die Durchführung von Tarifverträgen, um die Mitwirkung bei Schlichtung von Streitigkeiten, um die Überwachung der Streitgewalt usw. Sehr weitgehend ist in diesem Rahmen die geplante gesetzliche Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeit- und Betriebsräte bei Neuerstellungen. Bei diesem Punkte werden zweifellos heftige Angriffe der Gegner des Gesetzesvorschlags, aber auch solcher Kreise eintreten, die in dieser Bestimmung eine Gefahr für das gedeihliche Zusammenspiel zwischen Arbeitern und Unternehmern erblicken.

Nachdem in der von der Nationalversammlung endgültig verabschiedeten Reichsverfassung das Siegel unter die mit der Revolution eingeleitete innerpolitische Umwälzung gesetzt worden war, bedeutet dieses Betriebsratsgesetz die Einleitung der gesetzlichen Anerkennung und Fixierung der wirtschaftlichen Revolution. Der Gedanke des Arbeiterratsystems hat sich zweifellos heute auch in denjenigen politischen Schichten durchgesetzt, die seither in dem Rätesystem eine Verpfanzung russischer Eigenheiten auf deutschem Boden befürchteten. Das Rätesystem auf der Grundlage einer wohlverstandenen echten und wahren Demokratie ist sehr wohl vertretbar. Wir haben selbst seinerzeit im größten Strudel des Meinungsstreites über diese Frage uns in füher, mächterner Schwung der durch die gegenwärtigen Machtpositionen geschaffenen politischen Notwendigkeiten an dieser Stelle dahin geäußert, daß wir einem wirtschaftlichen Rätesystem unter der Voraussetzung seiner unbedingten paritätischen Gliederung durchaus zustimmen können. Das politische Rätesystem aber, welches im Grunde auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Diktatur einer einzigen und bei weitem nicht die Mehrheit des Volkes verkörpernden Schicht haben wir freilich abgelehnt. Der in Rede stehende Gesetzesvorschlag folgt im wesentlichen der rein wirtschaftlichen Linie. Es ist jedoch in dem Entwurf als eine der hervorragendsten Aufgaben der Arbeiterräte die Kontrolle unmittelbar beim „Produktionsprozeß“ vorgesehen. Hier begegnen wir einer Forderung, die vielfach in bestimmten radikalen politischen Kreisen erhoben wird. Es liegt nun die nicht leicht zu nehmende Gefahr vor, daß an diesem Punkte eingesetzt werden wird, um entweder schon jetzt, aber auch später weitreichende politische Ziele zu verwirklichen zu suchen.

Wir müssen wie damals, so auch heute für das kommende Rätesystem die unbedingte Forderung an die Spize stellen: Alle arbeitenden Klassen sollen es sein! Der Begriff der Arbeit und damit der „Arbeiter“ darf nicht auf die Fabrik und die Fabrikarbeiter beschränkt bleiben. Alle hand- und forscharbeitenden Schichten unseres Volkes, die Industriearbeiter und die Handwerker, die Techniker und die Ingenieure, die Kaufleute, die Beamten und die Angestellten, die in den verschiedensten Zweigen der Landwirtschaft Beschäftigten, die Angestellten der freien Berufe, die Künstler und Gelehrten, die Ärzte und die Anwälte und schließlich die vorwiegend geistig Arbeitenden, kurz alles, was in unserem Volke produktive Arbeit leistet, muß zu einer großen Einheit zusammengefaßt werden. Den Betriebsräten müssen daher die anderen Räteorganisationen zunächst in örtlichen Kreisen folgen und auf ihnen werden sich dann die Wirtschaftsräte für die einzelnen Bezirke, die einzelnen Landesstaaten und schlie-

lich das Reich aufbauen müssen. Darüber hinaus wird unter Zusammenfassung der Vertreter aller erwähnten arbeitenden Schichten ein Reichswirtschaftsparlament zu bilden sein. Dieses würde dann über die Arbeitsfragen der gesamten Nation weittragende Anregungen und Gutachten zu vermitteln haben, deren leichte politische Entscheidung aber unter allen Umständen der berufenen parlamentarischen Volksvertretung, dem Reichstag, vorbehalten bleiben muß.

Wenn es auf diesem Wege gelingen sollte, dem neuen Deutschen Reiche neben der politischen auch eine wirtschaftliche, eine Arbeitsverfassung, zu geben, so würde damit allerdings dem inneren Frieden unseres Volles der größte Dienst erwiesen werden.

Die letzten Tage im bolschewistischen Budapest

Das bolschewistische Schreckenregiment in Ungarn ist besiegt. Die Bolschewisten hatten einen undurchdringlichen Wall um ihren Tötigkeitskreis gezogen, der es verhinderte, daß Auflklärungen über ihr „Wirken“ in einem den Bolschewisten nicht genehmen Sinne herausdrangen. Einen interessanten Einblick in das Treiben der Bolschewisten noch in den letzten Tagen ihrer Herrschaft geben Aufzeichnungen, die am Ende Juli von einem Gewährsmann in Budapest verfaßt und der Presse übergeben worden sind. Da diese Mitteilungen immerhin einen Beitrag zu den Zeitdokumenten geben, lassen wir sie nachstehend folgen:

„Die letzten Tage im bolschewistischen Budapest. Wer Budapest seit einigen Wochen nicht gesehen hat, erkennt es kaum wieder. Da alle Geschäftsläden geschlossen sind, erscheint jeder Wochentag in sonntäglicher Ruhe. Aber es ist nur die Arbeit, die ruht. Die Menschen sieben vor innerer Unruhe und können vor innerer Bewegung nicht zur Ruhe kommen. Die Hungerskurve hat den Höhepunkt erreicht, da von der neuen Ernte wegen der passiven Resistenz der Bauernbevölkerung noch nichts in die Hauptstadt geschafft werden konnte. Die Bürger lassen ihre Habe im Stich und flüchten landeinwärts. Trotzdem die Wohnungsnot unbeschreiblich ist, wimmelt es in den Straßen von Möbelwagen. Es hat den Anschein, als ob das halbe Budapest die Wohnung wechseln würde. Ein mächtiger Möbelwagen führt aus einem Bankinstitut zahllose Schreibfächer, Stühle und Schreibmaschinen fort und bringt sie in ein anderes Gebäude, schwere eiserne Maschinen werden aus der einen Fabrik abmontiert und in eine andere überführt. Ein anderer Möbelwagen schleptzt einige Tage später dieselben Schreibfächer, Stühle und Schreibmaschinen wieder an den alten Platz zurück. Die abmontierten Maschinen werden aber nur selten zurückgebracht. Man sieht, daß die Räte regierung einen schwunghaften Handel mit brauchbaren Maschinen betreibt, um sich ausländische Fabrik zu beschaffen. Vor großen, prächtigen Palästen halten Streifwagen mit ärmlichen Proletarierhaushalt. Da und dort fällt unter der armeligen Habe ein wertvolles Stück von künstlerischem Geschmack auf. Es sind die Armen, die in die Paläste der Reichen einziehen. Die Übersiedlungswut ist epidemisch. Die Polizei ist bisher viermal übersiedelt. Die Volkskommissionäre sind aus der Burg in das Hotel „Hungaria“, von hier in das frühere Hotel „Ungarischer König“ und von hier in die Andrássystraße übersiedelt und befinden sich heute unbekannten Aufenthaltes. Auch die Übersiedlungswut scheint ein Zeichen des Fiebers, das die unglückliche Stadt durchschlägt.“

Die Lebensmittelnot in Budapest ist härter, als sie in den schlechtesten Zeiten in Wien gewesen war. Es fehlt vollkommen an Hett, Salz und Zucker. In dem Lande, wo Kürbisse und Melonen einmal als Schweinefutter verwendet wurden, kostet heute ein Kürbis 120 Kronen, eine Karotte 7 Kronen, ein Kohlkopf 7 Kronen, wenn er überhaupt erhältlich ist. Die Gasthäuser sind zum Teil geplündert, zum Teil bieten sie nur einfache Menüs. Diese bestehen meist aus Hirsebrei, Heidenkraut und Kraut. Feinere Gemüse sind nicht zu haben. Trotzdem stellen sich die Hungrier zu Tausenden Stundenlang an. Die spärlichen Portionsen sind aber im Flu verzehrt und die Garrenden müssen mit leerem Magen abziehen. An den Türen zahlreicher Gasthäuser liest man die Aufschrift:

Heute kein Mittagessen!
Heute kein Abendessen!
Es lebe die Proletarierdictatur!

Der Schleichhandel fordert phantastische Preise. Butter wird mit 350 Kronen, Zucker mit 140 Kronen das Kilogramm bezahlt. Erschütternd ist beim grauenden Morgen das Bild in der großen Markthalle. Außer den Proletarierfrauen stellen sich frühere hohe Beamte, Advokaten, Schriftsteller usw. mit geräumigen Aktenkoffern in der

Hand, in der Markthalle an, um etwas Salat oder irgend ein Gemüse zu ergattern. Weitestens willkürlich das Vermögen, denn die Produzenten beschließen die Budapester Lebensmittelmarkte seit langem nicht mehr. Seit der Verordnung über die Einziehung des blauen Geldes wollen die Bauern überhaupt nicht mehr nach Budapest kommen.

Die Flucht der bekannten Politiker, Finanzleute und Bürger wird meistens in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden bemerkstellt. Ein um den Preis eines Vermögens erkaufter Wagen holt vor dem Haustor. Ein als Landstreicher verkleideter Vermummter steigt ein und nun geht es aus der Gemarkung der Stadt. Außerhalb der Stadt, wenn die Gefahr, von Roten Soldaten angehalten zu werden, geringer ist, wird die Reise zu Fuß fortgesetzt. Mancher Flüchtling hat Erfahrungen zu überstehen, die viele Wochen andauern, bis er ein sicheres Versteck findet oder so glücklich ist, die Grenze zu überschreiten.

Der Kommunismus macht auch bei den Kranken und Toten nicht halt. Die Sanatoriumspflege hat aufgehört. Die Aufbahrung im Sterbehaus ist verboten. Sämtliche Begräbnisse sind gleich prunklos und einfach. Die Grabpläte auf dem Friedhof können nicht mehr gewählt werden. Die Gräber werden der Reihe nach, wie es eben kommt, ausgehoben. Das Begraben in Gräften ist unterlaßt. Leichen werden in einfache Särge gelegt und mit elektrischen Wagen auf den Gottesacker überführt.

Die Note an Rumänien

Amsterdam, 12. August. Aus Paris wird gemeldet: Der Wortlaut der im Auszug bereits veröffentlichten Note, die der Oberste Rat am letzten Freitag an die rumänische Regierung gesandt hat, lautet: Die Friedenskonferenz hat noch keine direkte Antwort von der rumänischen Regierung empfangen. Die Konferenz vernimmt, daß rumänische Generale sich weigern, den Instrumenten der verbündeten Generale Folge zu leisten, und die Veröffentlichung des Telegramms des Vorsitzenden der Friedenskonferenz an die ungarische Regierung verhindert haben. Weiter erlaubten sie ihre Soldaten, Privateigentum zu plündern und Lebensmittel und rollendes Material zu requirieren. Sie unterwerfen Budapest, wo Hungersnot herrscht, einer unmittelbaren Blockade und vernichten die Eisenbahnlinie, die von Budapest nach Wien führt, mit einem Wort, sie begehen viele Handlungen, die im Widerstreit mit den Prinzipien der verbündeten Mächte und mit den ersten Prinzipien der Menschlichkeit stehen. Der Oberste Rat verneint weiter, daß die sozialistische Regierung in Ungarn durch einen Staatsstreich gestürzt, daß die Minister verhaftet worden sind und daß die Regierung durch einen mit Erzherzog Joseph an der Spitze erlebt worden ist. Die Friedenskonferenz ist gezwungen, anzunehmen, daß die Rumänen beschlossen haben, die Konferenz herauszufordern und sich von den verbündeten und assoziierten Mächten zu trennen. Sollte die Konferenz sich hierin irren, dann bittet sie die rumänische Regierung, diese Mitteilungen sofort zu demontieren, nicht durch Worte, sondern durch Taten, woraus öffentlich hervorgeht, daß die Rumänen die Politik, die die Konferenz beschlossen hat, annimmt und trennen folgen wird.

Die Rumänen haben auf diese Note des Hünferates immer noch nicht geantwortet, und der Verband kann zurzeit mangels genügender eigener Kräfte seinem Willen nicht den unmittelbaren Nachdruck verleihen, der die Rumänen sofort gejüngsam machen mühte. Man nimmt in Frankreich daher an, daß die Rumänen eine abweisende Antwort erteilen und dabei darauf hinweisen werden, daß Rumänen gezwungen gewesen sei, für seine eigene Verteidigung zu sorgen und in Ungarn einzurücken, da die Verbündeten den Aufmarsch der Roten ungarischen Armeen, wie sich erwiesen hat, nicht zum Stehen bringen konnten. Rumänen hat sogar die militärische Besetzung Węsungarns beföhnen, und auch in dieser Hinsicht die Verteilungen mißachtet. Die Unberechenbarkeit der rumänischen Politik geht am bezeichnendsten aus der Behauptung der rumänischen Pressebüros hervor, daß hinsichtlich der militärischen Maßnahmen zwischen Rumänen und den Verbündeten volle Einigkeit besteht.

Der „Berl. Volks-Anz.“ meldet aus Wien: In diesen Ententekreisen verlautet, daß die rumänische Regierung beschlossen habe, für den Fall, daß sich in Ungarn eine endgültige Regierung bilden würde, ihre Truppen hinter die am 13. November festgesetzte Demarkationslinien zurückzuziehen.

Erzherzog Josef Gouverneur

Budapest, 12. August. Gegenüber ausländischen Vertretern, die vor die Wendung in Ungarn als einzige mögliche Lösung bezeichneten, nichtsdestoweniger aber unter

Mittwoch den 18. August 1919

dem Gesichtspunkte der republikanischen Demokratie hinter dem Austritt des Erzherzogs József als Gouverneur von Ungarn monarchistische Bestrebungen befürchtet. Nicht das Ungarische Telegrafenbüro die wahre Bedeutung des Unternehmens des Erzherzogs József durch den Hinweis darauf klarzustellen, daß du vom Erzherzog József ernannte Regierung erklärt hat, den Erzherzog József als Gouverneur von Ungarn anzuerkennen, bis die Nation die Staatsform Ungarns auf konstitutionellem Wege festgestellt haben würde. Ferner hat der Erzherzog im Amtsblatt der Regierung über die Bedeutung seiner Aufgaben als Gouverneur eine amtliche Erklärung abgegeben und auf Beschränkung erläutert, daß er nicht im Interesse der Monarchie wirkt, sondern in der gezeigten trostlosen Lage Ungarns auf die von allen Seiten an ihn gerichteten Anforderungen hin die Aufgabe übernomm, bis zur Wahl der Nationalversammlung die Tätigkeit zur Rettung des Vaterlandes zu leiten und die freie, unbefleckte Willensäußerung der Nation zu sichern, damit sie durch eine Verfassung auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes selbst über ihre Staatsform und über ihre Zukunft entscheide. Sobald die Nationalversammlung zusammentrete, sei seine Tätigkeit von selbst zu Ende. Die Entscheidung der Nationalversammlung werde allen heilig sein.

Budapest, 12. August. Das ung. Telegr. stort. Berichtet: Der Verwiser von Ungarn, Königlicher Prinz József hat nach seinen Besprechungen mit den politischen Verteidigern diese angefordert, einen Entwicklungsplan anzuarbeiten. Dieser Anforderung folgte leistend sind die Verteidiger zu einer Beratung zusammengetreten, die im Laufe des heutigen Tages beendet sein dürfte. Die Vereinbarung wird sodann dem Verweiser unterbreitet werden.

Budapest, 12. August. Der Kriegsminister Schoneveld erhält einen Auftrag zur Organisation eines Nationalheeres, das von einem gefundenen Heute durchdrungen sein müsse. Aus diesem Grunde wird den Soldaten das Politikum unterstellt und das vor der Oktoberrevolution gültige Dienstreglement wieder in Kraft gesetzt.

Die Schiffsschäden der deutschen Kriegsflotte im Weltkriege

Die Schäden der deutschen Kriegsflotte an Seefahrt, die sie im Verlaufe des Weltkrieges erlitten, und mit Ausnahme des großen Strengers „Admiral Scheer“ dachten in der U-Flotte durch ein teilwidriges U-Boot erzielte Versenkung weiter zu wachsen, so daß im einzelnen ebenfalls geworden. Die Höhe dieser Verluste war aber ein- und durch eine überbliebene Zusammensetzung in der Flotte, der Mindestschaden des Deutschen Fleotenteams, in ihrer ganzen Ausdehnung verdeckt. Es werden hier, genau mit Rücksicht genommen, alle die Schäden aufgelistet, die im offenen Meer sowie an Küsten und Häfen entstanden sind: 1. Einschiffung, 2. durch Sprengung, 3. kleine Anschläge, 4. Zerstörung, 5. Zerstörung durch U-Boote, 6. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 7. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 8. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 9. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 10. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 11. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 12. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 13. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 14. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 15. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 16. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 17. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 18. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 19. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 20. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 21. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 22. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 23. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 24. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 25. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 26. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 27. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 28. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 29. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 30. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 31. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 32. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 33. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 34. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 35. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 36. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 37. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 38. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 39. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 40. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 41. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 42. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 43. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 44. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 45. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 46. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 47. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 48. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 49. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 50. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 51. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 52. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 53. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 54. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 55. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 56. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 57. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 58. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 59. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 60. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 61. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 62. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 63. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 64. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 65. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 66. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 67. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 68. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 69. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 70. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 71. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 72. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 73. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 74. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 75. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 76. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 77. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 78. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 79. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 80. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 81. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 82. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 83. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 84. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 85. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 86. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 87. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 88. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 89. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 90. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 91. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 92. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 93. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 94. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 95. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 96. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 97. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 98. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 99. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 100. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 101. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 102. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 103. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 104. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 105. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 106. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 107. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 108. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 109. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 110. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 111. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 112. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 113. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 114. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 115. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 116. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 117. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 118. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 119. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 120. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 121. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 122. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 123. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 124. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 125. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 126. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 127. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 128. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 129. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 130. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 131. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 132. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 133. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 134. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 135. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 136. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 137. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 138. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 139. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 140. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 141. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 142. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 143. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 144. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 145. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 146. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 147. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 148. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 149. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 150. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 151. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 152. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 153. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 154. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 155. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 156. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 157. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 158. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 159. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 160. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 161. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 162. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 163. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 164. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 165. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 166. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 167. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 168. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 169. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 170. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 171. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 172. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 173. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 174. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 175. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 176. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 177. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 178. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 179. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 180. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 181. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 182. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 183. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 184. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 185. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 186. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 187. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 188. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 189. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 190. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 191. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 192. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 193. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 194. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 195. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 196. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 197. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 198. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 199. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 200. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 201. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 202. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 203. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 204. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 205. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 206. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 207. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 208. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 209. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 210. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 211. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 212. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 213. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 214. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 215. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 216. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 217. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 218. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 219. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 220. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 221. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 222. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 223. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 224. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 225. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 226. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 227. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 228. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 229. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 230. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 231. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 232. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 233. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 234. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 235. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 236. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 237. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 238. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 239. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 240. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 241. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 242. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 243. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 244. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 245. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 246. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 247. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 248. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 249. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 250. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 251. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 252. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 253. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 254. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 255. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 256. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 257. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 258. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 259. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 260. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 261. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 262. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 263. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 264. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 265. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 266. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 267. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 268. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 269. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 270. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 271. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 272. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 273. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 274. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 275. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 276. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 277. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 278. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 279. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 280. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 281. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 282. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 283. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 284. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 285. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 286. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 287. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 288. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 289. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 290. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 291. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 292. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 293. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 294. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 295. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 296. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 297. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 298. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 299. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 300. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 301. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 302. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 303. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 304. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 305. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 306. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 307. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 308. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 309. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 310. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 311. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 312. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 313. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 314. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 315. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 316. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 317. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 318. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 319. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 320. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 321. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 322. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 323. durch U-Boote und U-Boote durch U-Boote, 324. durch U-Boote und U-Boote durch U

deren Mitträge sind nur rebellischer Natur und haben keine besondere Bedeutung. Von Bayern aus sind klägliche geltend gemacht worden, hinsichtlich seiner Wasserkrise, die es sich nicht ohne weiteres nehmen lassen will. Sachsen hat versprochen, diese Mitträge Bayerns zu untersuchen.

Lebensmittelkrisen in Bützen
In Bützen kam es heute vormittag zu großen Wasserkundgebungen wegen der Lebensmittelnot, an denen sich auch die Arbeiterschaft der Umgegend beteiligte. Eine Abordnung der Demonstrationen bog sich nach dem Rathause, wo sie vom Oberbürgermeister Röhl und Amtshauptmann Richter empfangen wurden. Während der Verhandlungen stürmte eine Menge die Treppe und drang in den Sitzungssaal ein. Schließlich gelang es dem Oberbürgermeister und dem Amtshauptmann, sich Gehör zu verschaffen. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an das Wirtschaftsministerium in Dresden zu entsenden, um die Forderungen dort vorzubringen.

Fehlbetrag bei der Sächsischen Staatsseisenbahn
Die Sächsische Staatsseisenbahnverwaltung hat, wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, in diesem Jahr bereits einen Überschuss von 105 Millionen Mark aufnehmen müssen; aufs ganze Jahr berechnet, läßt dieses Ergebnis der ersten sieben Monate einen Fehlbetrag von annähernd 200 Millionen Mark erwarten. Im vergangenen Jahre betrug der Fehlbetrag etwa 70 Millionen Mark. In früheren Jahren hat die Sächsische Eisenbahnverwaltung ständig Überschüsse in Höhe von 20 bis 60 Millionen Mark jährlich erzielt.

Einschränkung des Zugverkehrs
Da neuerdings wiederum in oberlausitzischen Kohlenbezirken Auswirkungen der Arbeiter eingefordert sind, wird die ohnehin außerordentlich ungünstige Versorgung der sächsischen Staatsseisenbahn mit Kohlen so verschärft, daß bereits für die nächsten Tage mit einer weitgehenden Einschränkung des Zugverkehrs, insbesondere der Personenzüge, gerechnet werden muß.

Chemnitz, 12. August. Abgesehen von Verhöhungen und anderen Belästigungen, denen die hier befindlichen Truppen in einzelnen Fällen bedauerlicherweise noch ausgesetzt gewesen sind, ist auch der heutige Tag ruhig verlaufen. Im benachbarten Niederviehfeld schliefen sich 15 Arbeiter veranlaßt, in den Streik zu treten, weil bei ihrem Fabrikdirektor ein Offizier eingeschritten ist. Zur Verhölung mißbräuchlicher Beleidigung wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Blümlungen am Freitag auch Passpässe, andere militärische Ausweise und Grenzjägerabzeichen in die Hände unverantwortlicher Elemente gefallen sind.

Leipzig, 12. August. Die Leipziger Straßenbahnen haben beschlossen, den am 30. September ablaufenden Vohltarif Ende des Monats zu kündigen und neue Tarifordnungen zu stellen. Sie verlangen eine einmalige Teueringzulage von 500 Mk. und haben zur Durchsetzung ihrer Forderung die Verhölung des Rates angerufen. Dieser hat jedoch erklärt, daß nach Angabe der Direktion die einmalige Teueringzulage einen Betrag von zweit 800000 Mark erfordern würde, sodass eine neue Tafelsteuerung notwendig wäre, die dem Leipziger Publikum nicht zugemessen werden könnte.

Kreisberg, 12. August. Die Errichtung einer Fußverbindung von Kreisberg nach Grauenstein ist seit der Slageregierung in Aussicht gegangen. Die Slageregierung sieht als Bedingungen den Vertrag auf eine Steuerung des Tales zu den Unterholzungskosten der beiden Wege, die Gewähr, daß die Eingehungen nicht nur die Ausgaben sondern auch die 10—12½ Prozenten Abholzungskosten decken und die kostenlose eines Wagenwalle mit Wachturm, Lagerraum und Lagerplatz sowie eine Wohnung für den Gerichts- und Postbeamten zu Grauenstein hat sich mit dem Antrag unter der Vorstellung einverstanden, daß nun die übrigen Gemeinden den Bedingungen zustimmen.

Aus Dresden

Lebensmittelkrisenbelastung für die Stadt Dresden
Die sächsische Regierung hat die Auslandssiedlungen.

Verteilung von ausländischen Einwanderern.
Der sächsische Lebensmittelamt ist es gelungen, fertigen Verträge mit 60000 Bürgern für die sächsische Bevölkerung auszuführen, 15000 Bürgern Haushalte auf den Markt der Bevölkerung ausgedehnt werden können. Die Ansuchen an die Einwanderungsbehörde werden sofort nach Eingang des Antrages mit großer Geschwindigkeit erledigt. An einem Teile der Strecke wird von einer Mittelstelle des Wirtschaftsministeriums berichtet, daß im Laufe der nächsten Monate über den Autobus und den Busch in den ausgewählten Orten. Das Wirtschaftsministerium hat eine beherrschende Macht nicht erlassen; von einem

Bam Reichsbeauftragten für Auswandererberatung wurde mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums der bissigste langjährige Vater der öffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, W. Hans Rößler, ernannt und ihm die Leitung der bei der Kreishauptmannschaft Dresden errichteten Zweigstelle des Reichswanderungsamtes übertragen. Der Vater steht ein Vertrag zur Seite, dem Hauptmann der Schutzpolizei Winkler (Westfalen) als Vorsitzender und u. a. Dr. Mann (Südostfalen), Löhr (Ostfalen) und Dr. Preuse-Seyer (Süd- und Mittelamerika) als Mitglieder angehören. Die Anschrift lautet: Reichswanderungsamt, Zweigstelle Dresden, Friedensstraße.

Zur Dresdner Gärtnerei. Bis dem vor Ausland betroffenen Gärtnereibetrieben ist seit Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen worden, trotzdem die Streitigkeiten noch nicht endgültig beigelegt sind. Vorläufig haben sich die Arbeitgeber zur sofortigen Gewährung einer Lohnzulage bis 30 Prozent verpflichtet, womit die Streikende jedoch nicht zufrieden sind. Ein weiterer

Streitpunkt ist die Lohnnachzahlung und Mitbestimmungsrecht der Betriebsauschüsse bei Entlassungen infolge Arbeitsmangels. Ein Beschluss des Schiedsgerichts am 14. d. W. soll die endgültige Entscheidung bringen.

Der Anteilsabnahmeverkehr Dresden-Dippoldiswalde
Wieder wird von diesem Mittwoch ab wieder aufgenommen, und zwar zunächst Mittwoch, Sonntag und Montag.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Zehn. Donnerstag, den 14. August, Wanderversammlung der Kathol. Arbeitervereins "St. Joseph" nach Streichen. Treffpunkt 1/8 Uhr am Walbergplatz. Volkszählige Beteiligung erwartet. Soße herzlich willkommen. Schon heute wird auf den am 31. August stattfindenden Katholikentag im Saale des "Kurhauses" Blaueschild, Seiditzer Straße, aufmerksam gemacht. Karten sind schon jetzt bei den Vorstandsgliedern zu haben.

Dresden-Mitsch. Marienverein. Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß am Freitag, den 16. August (Mariä Himmelfahrt), abends um 8 Uhr in der Schulkapelle, Grünstraße 1, Andacht stattfindet. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Dresden. Kath. Frauenbund. An den Vorarbeiten für den Ende September in Dresden stattfindenden Katholikentag müssen sich auch die kathol. Frauen Dresdens in ehrlicher Weise beteiligen. Es gilt Werbearbeit für rege Beteiligung zu leisten und für die Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer zu sorgen. In der zweiten Hälfte des August wird der Frauenbund zu diesem Zweck eine Workshops und erweiterte Ausbildung einberufen. Da beim Katholikentag auch eine Delegiertenversammlung der Zweigvereine und angeschlossene Vereine Sachsen geplant wird, ist eine Versprechung dringend nötig und hoffen wir, daß alle Workshops und Auskunftsmitglieder, die noch besondres geladen werden, vonzählig erscheinen.

Wechselburg. Am 15. August sind es 50 Jahre, daß Wechselburg regelmäßige kathol. Gottesdienste hat. Aus diesem Anlaß wird der hochwürdige Herr Bischof die Wechselburger Gemeinde mit seinem Besuch erfreuen und Mariä Himmelfahrt ein feierliches Pontifikalamt halten. Für die Nachmittagsfeier ist eine weltliche Feier vom Verein Kathol. Casino geplant. Wechselburg, das ohnehin für die sächsischen Katholiken ein großer Anziehungspunkt ist, darf für diesen Tag auf zahlreichen Besuch rechnen. Der hochwürdige Herr Bischof wird Goh. Sr. Brancus des Rates Schönburg sein.

Die Nationalversammlung

Am Regierungstisch: Müller, Erzberger, Bell.

Die Zurückhaltung der Vergangenen

Abg. v. Bräte (Centrals.) hat unter Bezugnahme auf Preßberichten: Da die Regierung bereit ist, eine über Auskunft zu geben, welche Vorsteuerarten tatsächlich zu einer solchen Rücklage geführt, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Abrechnungen ein Ende zu machen?

Reichsminister des Innern Müller: In einem Teil der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt die Bekämpfung aufgezeigt worden, die Regierung habe nun alles getan, was zu tun möglich war, um die jährl. Abrechnung der deutschen diplomatischen Abrechnungen zu erledigen. Diese und ähnliche Bekämpfungen haben mir in Amerika das die Regierung verdient, die ihr Arbeitsergebnis hat auf Beweisen und durch eine Präsentation gezeigt. Die deutsche Regierung kann es nicht mit annehmen, daß sie betrügt, offenkundig vorausgesetzten, da in Zukunft zu offiziellen Verhandlungen nur die Abrechnungen der diplomatischen Abrechnungen und gleichzeitig die Abrechnungen der diplomatischen Abrechnungen nicht mehr zu richten sind, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Schiff unserer Kriegsgefangenen zu treiben. Mit dem Schmerz verzweifelter Angehöriger will sie nicht reden, so ungerecht manchmal diese Maßnahmen sind, aber politische Ausschaltung dieses nationalen, gemeinam zu tragenden Unglücks weist sie mit Entrüstung von sich und weiß sich eins mit all den Kreisen des Volkes, denen das Schiff unserer Kriegsgefangenen warm und uneigennützig am Herzen liegt. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheitsparteien.)

Es folgt die erste Beratung der großen Finanzfrage.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Hans und das deutsche Volk haben ein Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören: Was ist und was muß und wie wird es werden? Was ist? Das größte Finanzland, das die Welt je zu sehen bekommt! Was werden wir? Baldigste Ordnung unseres gesamten Finanzwesens in Reich, Ländern und Gemeinden und ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen. Wie soll es werden? Wir müssen Abschied nehmen von manchem Alten, Liebgewordenen, ein durchdrücktes Steuerystem aufzustellen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gewissenhaftigkeit auf der anderen Seite. Nur unter diesen Voraussetzungen können wir hoffen, daß Deutschland bewahrt bleibt vor dem schwersten Unfall, dem Staatsbankrott, der hier ein Volksparkett ist. Das steinzeitliche der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage ist die ungeheure Altlösigkeit des deutschen Volkovermögens. Zwei Forderungen müssen noch erfüllt werden, die finanzielle und volkswirtschaftlich von größter Bedeutung sind: Wir müssen sofort mit aller Verblendung an die Schaffung einer deutschen Handelsflotte herangehen, um die bestehende Zusammenarbeit mit den Vereinigten und Briten zu verstetigen. Und zweitens: Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Verblendung unseres Auslandsdeutschen mit Reichsverträgen zu Hilfe kommen. Zwar die nächste wird eine betreffende Vorlage an die Nationalversammlung bringen. Endlich muss unser Beauftragter erledigt werden. Ein verblüffender Beauftragter in der Auflösung des Reichs für das Land, ein unverblüffender aber eine sehr gute staatliche Anlage.

25 Milliarden neue Steuern müssen aufgestellt werden. Das Südumfang des ein Kriegsjahr an Ausgaben aufzuwendende waren 25 Milliarden, dieses Südumfang muß jetzt das Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu finden. Von einem Staatsbankrott würden gerade die untersten Einkommen des Volkes am allerhärtesten getroffen werden. Bei einem vollendeten Staatsbankrott werden rund zwei Drittel des gesamten Vermögens vernichtet werden und die gesamte Wirtschaftsstruktur zum Stillstand kommen, und das arbeitende Centrale wird hängen. Nationalen haben wir infolge der unsicheren Ausweitung der deutschen Volkswirtschaft und jeder inneren Krise wiederholt die Arbeit zu reduzieren. Monopoliertum in der See ist insofern nicht abwegig. Doch immer geringer als die die neuen strukturierten, neuen und dazu treten, um die Folgenfolgen für die Demobilisierung und für die Umlaufsbedürfnisse in der See zu haben. Und diese Probleme noch schärfer heraus.

Die Abrechnungen müssen mit dem Centrale einheitlich und einheitlich und regelmäßig artigiert werden, um Centrale zu einer der Zentralbank des Reichs zu machen, das ist eine Arbeit, die ebenso unerlässlich und schwierig ist, wie es die Arbeit der Zentralbank selbst ist. Und ebenso unerlässlich und schwierig ist, wie es die Arbeit der Zentralbank selbst ist.

Zentrale ist sicher als bei dem seither vorbereitet ist, daß es eine Abrechnung des Zentralen zu verhindern, um die jährl. Abrechnung zu erledigen. Zentrale ist sicher, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

Abg. v. Bräte (Centrals.): Ich verstehe, daß die Regierung das eine Abrechnungsrecht hat, um die jährl. Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen, und die Abrechnung der diplomatischen Abrechnungen zu erledigen.

Reichsminister des Innern Müller: Ich bitte, die Abrechnungen nicht mehr zu richten, um die jährl. Abrechnung zu erledigen.

die Maßregeln, die noch gegen die Steuerflucht ergriffen werden sollen, werden übrigens die deutschen Banknoten, die sich im Ausland befinden, seinerlei Wertverminderung erfahren. In jedem Falle werden die Wohnnahmen hart, sehr hart sein.

Die bis jetzt in zweiter Befung verabschiedeten Steuergesetze und die noch zu verabschiedende Reichssteuer werden etwa 8 Milliarden Mark bringen. Aber es müssen 25 Milliarden beschafft werden. Dazu sollen in erster Linie dienen die Einnahmen aus dem Reichsnofopfer, aus der Umsatzsteuer und aus der großen Reichseinkommenssteuer. Aber auch, wenn wir ihre Säfe bis zum Höchstmaß anspannen werden, so werden sie noch nicht ausreichen, und deshalb müssen neue Wege beschritten werden. Hierher gehört die Erhöhung der Postgebühren. In Vorbereitung ist ferner ein Gesetzentwurf über Besteuerung der Mineralöle. Alles hängt allerdings davon ab, ob die Säfe der Reichseinkommenssteuer und Umsatzsteuer im wesentlichen unverändert angenommen werden.

Das große Vermögensopfer ist der erste Schritt zur Reichsfinanzreform. In politischer Hinsicht bietet das Reichsnofopfer die Möglichkeit zur Herausminderung der schwebenden Schulden und zur Besteuerung der Papiermarktwirtschaft und verhindert damit die ungeheure Last des Zinsendienstes. Sie bringt eine größere Stabilität in die Reichseinnahmen. Sie ist das geeignete Mittel, den Reichskredit zu heben, sie gibt den Anlaß zu einer Generalinterventur des gesamten Volksvermögens, sie ist das brauchbarste Mittel gegen die verbängnisvolle Ercheinung der Kapitalflucht. Wenn die breiten Massen sehen, daß die finanziell starken Kreise bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, dann wird auch moralisch der Weg frei zu indirekten Steuern.

Für die Vermögensabgabe sprechen volkswirtschaftliche Erwägungen. Kennzeichnend für den heutigen Zustand unseres Wirtschaftslebens ist das ungeheure Misverhältnis zwischen Rennwert und Sachwert des Volksvermögens. Darin erblickt ist das wirtschaftliche Grundbile der Gegenwart. Bereitigen wir die Überfülle der Geldmittel, dann wird auch der beste Weg wieder frei für die Senkung des Preisniveaus. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß das Betriebskapital nicht so stark gekürzt wird, daß der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zur Unmöglichkeit wird. Die Verminderung des flüssigen Gelbes wird vor allem auch die besten Titel wieder wertvoll machen und unter anderem den Kursstand der Kriegsanleihe heben. Sein Sinn ist gleichbedeutend mit Verlusten vom Volksvermögen ohne Vorteile für das Reich.

Die Vermögensabgabe wird uns ferner wegen Verminderung der flüssigen Geldmittel und der damit zusammenhängenden Wertsteigerung auch in dem Bestreben unterstützen, uns die nötige Einfuhr zum Weltmarktpreis zu

sichern. Zu den Preisen von 1914 werden wir lange Zeit nicht wieder einkaufen können, denn die Preise sind in der ganzen Welt erheblich gestiegen, beispielsweise für Lebensmittel in Italien um 481 Prozent, Frankreich um 368 Prozent, England um 240 Prozent, Kanada um 215 Prozent, Vereinigte Staaten um 209 Prozent. Eine noch stärkere Steigerung macht sich für Industrieprodukte geltend. Im Jahre 1918 führten wir für 11 Milliarden Mark Waren ein. Infolge der Entwertung unserer Valuta müßten wir dafür heute 33 Milliarden Mark zahlen.

Nach dem Friedensvertrag und erst recht durch die Münznote hat sich der Verband des Rechtes begaben, Hand auf die Einnahmequellen Deutschlands zu legen. Sollte er entgegen dem klaren Rechtsauftand und in Widerspruch mit seiner eigenen Note es versuchen, so bedeutet das ein unerträgliches Eingreifen in die Souveränität des Deutschen Reiches; mit demselben Recht könnte er jede Steuer, die wir etwa beschließen, mit Beischlag belegen. Das wäre gegen sein eigenes wirtschaftliches Interesse. Außerdem aber würde die Reichsregierung am 30. September vor die Nationalversammlung treten, um die Ernächtigung zu erwerben, das Reichsnofopfer nicht auszuführen. Der Verband erhält seineforderungen in jeder gewünschten Form bezahlt, aber mit Papier kann er keine einzige Strafe in Nordfrankreich neu bauen. Er braucht dazu die deutsche Arbeit; nur durch sie ist die Wiedergutmachung möglich. Der Verband hat das auch mit klarem Blick erkannt.

Das Reichsnofopfer hat aber auch eine eminent soziale Bedeutung und muß eine tiefe Wirkung ausüben, soweit das ein Steuergesetz überhaupt tun kann. Jedermann muß jetzt für das Volk arbeiten, und da wir durch den Krieg das Bewußtsein gewonnen haben, daß das Volk ein Schicksalsgemeinschaft ist, wird das Volk als einzige Störverdorff die Not tragen und seine letzten Erfahrunghen mobil machen. Das Reichsnofopfer ist aber auch ein Sühneopfer für den mammonistischen Geist, der weite Kreise des Volkes erschafft hat. Mit ihm hat das Unglück begonnen, und das soll durch das Vermögensopfer wieder gut gemacht werden.

Die Umsatzsteuer begegnet vielseichen Bedenken. Es sind aber soviel Milliarden zu decken, daß wir nur mit einem Steueraufkommen, in dem neben den direkten auch die indirekten Steuern nicht fehlen. Die bestehende Umsatzsteuer muß ausgebaut werden. Jeder Verbrauch muß stark belastet werden; auch die Lebensmittel haben nicht verschont werden können, denn sie betragen 50 v. H. des Gesamtverbrauchs des Volkes. Die Umsatzsteuer vereinigt in sich die allgemeine Umsatzsteuer, die Auguststeuer, die Inseraten-, Modell- und Depotssteuer. Eine Entlastung kleinerer Betriebe hat sich als technisch undurchführbar erwiesen.

Die Reichsabgabenordnung schlägt in den Artikeln 8 bis 59 eine Reichsorganisation der Steuerverwaltung vor, die unbedingt noch vor den Herbst erledigt werden muß. Mit der Durchführung der reichsbeliebten Steuerverwaltung wird der erste Schritt zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates geben. Vor dem Kriege fielen 35 Proz. eines Steueraufkommens von fünf Milliarden dem Reich zu; jetzt fallen ihm 75 Proz. von 25 Milliarden zu. Die Einzelstaaten haben mit auerkennenswerten Bereitwilligkeit schwere Opfer des Vergleiches auf die eigene Steuerverwaltung gebracht. Das Opfer wird sich für beide Teile lohnen. Auf die selbständige Existenz der Einzelstaaten wird ebenso wie auf die der Kommunen die weitestgehende Rückicht genommen werden. Alle Besitzungen, daß ihnen die freie Bewegung unmöglich gemacht werde, sind unbegründet.

Um die Steuergesetze zu den in Aussicht genommenen Terminen in Kraft treten zu lassen, ist es notwendig, die gesamte Steuerreform mit der Steuerverwaltung und dem Steuerrecht noch im Laufe dieses Jahres zu verabschieden und damit ein Werk zu schaffen, das an Bedeutung hinter der Reichsverfassung nicht zurücksteht, aber auch dem deutschen Volke zum Segen gereichen wird. Steuern sind sonst keine Wohltat für ein Volk; aber die Steuern, die hier geschaffen werden sollen, sollen und werden für das deutsche Volk eine Wohltat sein, denn nur mit ihnen können wir das schaffen, was wir alle wollen: ein freies, starkes Deutsches Reich, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Demokratie. (Vebh. Weißal.)

Hierauf wird die Steuerberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Schluß 1/2 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. B.: Dietrich v. Weber; für den Inseraten Teil: Peter Schrader. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Gärtner Ratholitentag

Angebote mit Preisangabe von Gasthäusern und Privatpersonen, die gewillt sind, Gäste zum K. T. aufzunehmen, Anträge von auswärts, Anmeldungen möglichst unter Einzahlung des Teilnehmerbeitrags von 8 Mark für jede Einzelperson werden an die Ortsausschüsse oder an mich erbeten. Richten zur Einsichtung liegen ferner aus bei den Herren Buchhändler Beck, Schloßstraße 6a und Postlieferant Strümper, Schlossstraße.

Postsekretär Paul Sprenzel
Dresden-U., Chemnitzer Str. 55, I.
Postcheckkonto 80021, Schiedamt Leipzig.

Geschäfts-Anzeiger

Dresden

Briefordner-Fabrik Cito und Buchbinderei

Dresden-A. 1. -> J. Brendel, -> Fernspr. 36812
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Buchbinderaarbeiten.

Buchdruckerei

Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 48
Fernsprecher 21388

Anfertigung aller Drucksachen für den Bedarf von Behörden, Geschäftsräumen und Familien. — Prompte Bedienung. — Zivile Preise. — Spezialität: Prospekte in Massenauflagen, Kataloge, Qualitätsdrucke.

Blumen- und Pflanzenhandlung

Marg. Schuster, Krenkelstr. 24, Fernruf 22485.
Anfertigung aller Bindereien und Dekorationen.

Gardinewäscherei

Dipl.-Ing. Richard Stein, Dresden-Neustadt,
Bischofsweg 102.
Telefon 21901.

Gold- und Silberwaren

18178
Beide Auswahl — Reparatur und Neuarbeiten
Theodor Scholze, Schloßstraße 5a

Pelzwaren, Hüte, Mützen, wahrungs-

H. Padberg, Kürschnermstr. u. Mützenmacher
Luisenstr. 70, Fernruf 14260.

Kürschnerei

Paul Kiani, Dresden-A., Lortzingstr. 92.
Neu-Anfertigung, Reparatur und Um-
Bearbeitung schnellste und preiswert.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Walde
Fernruf Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25 Sprachz. 19-1 A.

* Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Berlin und Haus *
Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) :: Aufnahme von
Instrumenten, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenspiel, Musik-
Akkord, Sonoräische Vorträgen, Kompositionen, Schiller-Vortragsübungen
und 3-4 Aufzähungen :: Eintritt jederzeit :: Anmeldung: wochentags 8-7 Uhr

3-4 Zimmerwohnung

zum 1. Oktober in Dresden über einem Vorortie Dresden
gesucht. Werte Anschriften unter „R. G. 4324“ an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Josef Liebscher

Schneidermeister für Herren und Damen
Dresden-Johannstadt, Haydnstraße 42, I.

Malerarbeiten

werden prompt und billig
ausgeführt. B. Persich.

Malermeister, Bergmannstr. 11. Fernspr. 80820.

Schneidermeister

Hermann Göbel

Neumarkt 8 II, a. d. Frauenkirche.

Waschanstalt

Opl.-Ing. Richard Stein. Lieferung nach
Gewichtsberechnung. Dresden-Neustadt,
Bischofsweg 102. Telefon 21901.

Bautzen

Schmidt & Gottschalk
Theatergasse 6 Ecke Schulstraße

Bindung stattl. Zinschseine 14 Tage vor Fälligkeit.
An- u. Verkauf von Staatspapieren, Pfands
briefen usw. Verzinsung von Einlagegeldern
auf Buch mit täglicher Abhebung, ein- u. mehr-
monatlicher Kündigung je nach Vereinbarung
zu günstigsten Bedingungen. — Scheckverkehr
Diskontierung guter reeller Geschäftswechsel. —
Stahlpanzerfach-Vermietung.

Handschuhmacher u. Bandagist

Josef Roither

Kornmarkt-Ecke, am Theater.

Buchbinderei

von Franz Harmuth

Firma B. Meyberth

Lindenstr. 10 Tel. 18715 Wohn. Thomaestraße 21

Anfertig. all. Art Bucheinbände schnell u. billig

Kirchenmalerei

Weststr. 29 Heinrich Hinrichs Fernspr. 110.

Feinbäckerei und Konditorei

Otto Frenzel

Dresden-Borsbergstr. 25 Fernruf 18483

empfiehlt den geohrten Herrschaften der Zeit entsprechend

vorzügliches Frühstücksgebäck und Bogenbrot.

Moderne elektrischer Betrieb mit dreifachem Dampfbackofen.

Strümpfe

Lager in Strümpfwaren, Tricotagen. Mechanische Strickerei!

Osk. Möhler, Strumpfwirk-Mstr. Dresden, Alaunstr. 14.

Armer Theologiestudent
bietet um schenkweise Übersetzung eines abgelegten Jakob-
fests, erbeten an Ph. Stoltze,
Großhähnlein 140, Tel. 23487

Gärtnergebnisse,

21 Jahre, erfahren in allen
Zweigen der Gärtnerkunst, sucht
zum 1. September Stellung.
Offert, mit Gehaltsansprüchen

findt zu richten an
Josef Pavlik, Schönwitz,
Kreis Ratibor, O.-Schl.

Lampen Kronen Antiquitäten

Kretschmar, Bösenberg & Co.

Dresden - A.

Borrestraße 6/7.

Kriegsanzüge wird zum
Tagesskurs in Zahlung genommen.

Rathsfeldisches Pulver

stoffwechselförderndes

Blutreinigungs-Mittel

seit altersther erprobt und mit

Erfolg angewendet bei

Gicht und Rheuma,

Wanen-Verdauungsbeschwerden

Nieren- und Blasenleiden,

Stechen und Hautreizigkeiten,

Hämorrhoiden und Leberleiden.

Schachtel Nr. 8.—

Zierland:

Grüne Apotheke, Erfurt (209).

Jubiläumsfeier zu Wechselburg am 15. August

anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der dortigen katholischen Gemeinde mit regelmäßiger Gottesdienst
in der Schloßkirche

(Siehe redaktionellen Teil.)

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit.

Vortragskizzen

im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Clerus zu Dresden

herausgegeben von

Dr. J. Nagler, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt.

Bisher sind erschienen:

Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto.

Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Seppelt.

Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Nagler.

Heft 4: Vorschlag und Völkerbildung. Von B. Otto Götzsche S. 3.

Heft 5/6: Grundlegendes zum Programm des Zentrums

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 184

Mittwoch, den 13. August 1919

18. Jahrg.

Die Abdankung des Kaisers

Die Darstellung des Prinzen Max von Baden

Karlsruhe, 8. August. Prinz Max von Baden veröffentlicht folgende Erklärung zu den Vorgängen des 9. November:

Ich beabsichtigte demnächst eine Darstellung der entscheidenden Tage in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 9. November herauszugeben. Die Schilderung der Vorgänge am 9. November, für die Generalstabschef v. Hindenburg, Generaloberst Pleissen, die Generale v. Marwitz, Graf v. Schleinitz und Staatssekretär v. Hinze, die volle Bürgschaft übernehmen, nötigt mich im Voraus zu der nachstehenden Erklärung. Ich hätte gern noch einige Wochen gewartet, bis eine Reihe übrigen internationalen Fragen gelöst sind, aber meine Gegner machen mir ein längeres Schweigen unmöglich.

Zur Mission von Minister Drews im Hauptquartier

Im Anschluß an den Vortrag des Minister Drews er hob General Gröner einen Vorwurf, den sich die Denkschrift offenbar zu eigen macht: „Die Regierung habe die Verhügung durch die heimlichen Blätter und die Propaganda durch die feindlichen Blätter nicht in genügendem Maße gebündert und dadurch der Armee namenlosen Schaden zugefügt.“

Das ist eine schwere Anklage. Heute will ich darüber nur grundsätzlich sagen: Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es seit dem Eintreffen des Wilsons am 23. Oktober nur ein Mittel: das war der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Damals stand zu erwarten, daß eine solche Differenz entweder unsere internationale Lage verbessert oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als Vorträger entlarvt und damit das deutsche Volk zu neuem Sturm gegen die Feinde geeint hätte, wenn nicht zum militärischen Widerstand, so doch zur moralischen Abwehr.

Dies dem Kaiser klar zu machen, war der Sinn der Mission Drews.

Die große Stützkraft hatte die feindliche Propaganda und die unabhängige Agitation in Deutschland nicht aus eigener Kraft erworben, sondern sie verdiente sie vor allem der Kriegspolitik, die während vier Jahren insbesondere 1918 verfolgt wurde. Die Oberste Heeresleitung ist wiederholt vor und während der großen Offensive von Gewerkschaftsführern, Parlamentariern, Gelehrten, einem der bekanntesten Großindustriellen und mir, ja auch von wichtiger militärischer Seite gewarnt worden, daß die psychologische Katastrophe und der Zusammenbruch der Heimatfront unvermeidlich eintreten werde, wenn am Ende der Kampagne 1918 das Versprechen „Frieden und Sieg in diesem Jahr“ sich nicht erfüllen würde.

Auch das einzige wirkliche Gegenmittel wurde immer wieder und eindringlich geraten: Auf einem Höhepunkt unserer militärischen Macht die öffentliche und private Bekanntmachung unserer Kriegsziele, vor allem die unzweideutige Erklärung über Belgien's Wiederherstellung, um entweder den Weg zum Frieden frei zu machen, oder durch die Bloßstellung des bösen Willens des Feindes ihm die Verantwortung aufzubürden und damit dem deutschen Kriege den Charakter eines Volkskrieges zu geben. Diese Mahnungen wurden weder von der Regierung noch von der Obersten Heeresleitung beherzigt.

Doch aber die psychologische Katastrophe mit einer ungeheuren Wucht hereinbrach, das war nicht nötig. Daran war unser überstürztes Waffenstillstandsangebot schuld, das, wie sich später herausstellte, durch die militärische Lage vom 21. September bis 3. Oktober nicht ge-

rechtfertigt war und das sofort im In- und Auslande als eine militärische Bankrotterklärung wirkte.

Die Tatsache, daß sich die kaiserliche Regierung gerade an Präsident Wilson mit der Bitte um einen Waffenstillstand wandte, kostete ihn im Oktober und November an der überragenden Machstellung in der öffentlichen Meinung Deutschlands verloren. Das Große Hauptquartier bestrebt am 21. Oktober b. r. den Hauptponenten der anglofranzösischen Weltanschauung um die Herbeiziehung eines sofortigen Waffenstillstandes zu bitten. Darauf lag die größte Sorge, die dem kaiserlichen Staatsobermann während des ganzen Augusts zugetragen war. Eine Enttäuschung, mit der verglichen die Illusionen und Lobrede, die auf demokratischer Seite über Wilson aufgestellt waren, Rücksicht; und,

Dane die Waffenstillstandsbitte an Wilson hätten seine im Über gegen den Präsidenten Wilson gerichteten Worte und gleichzeitige Zusage an das deutsche Volk niemals die Abdankungsnotis in dieser Stärke hervorrufen können.

1. In der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichte Denkschrift kündigt an, daß am 9. November, früh Uhr 15 Minuten, Staatssekretär v. Hinze die Reichskanzlei anrief und mitteilte, „die Oberste Heeresleitung habe entschlossen, jogleich S. M. zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armeen aus Ernährungswierigkeiten nicht instande sein werde, einen Bürgerkrieg zu führen.“

2. Die Denkschrift behauptet, daß die Frage der Abdankung während des Vortrages über die militärische Lage nicht berührt wurde.

Dies widerprüht den Darlegungen des Generals Grafen von Schleinitz, die die „Freiheit“ am 5. April veröffentlicht hat. Darauf heißt es: „Ich traf im Vorrann die Generale von Pleissen und Marwitz, die mir sagten, daß der Feldmarschall und Gröner jetzt zum Kaiser hinzufließen, um die Richtigkeit seiner sofortigen Abdankung darzulegen. Ich antwortete Ihnen: „Sie sind wohl alle vereinfacht geworden, das Heer steht zum Kaiser.“ Beide nahmen mich gleich darauf mit zum Kaiser.“

Graf von Schleinitz gibt als Schlusssatz des Grönischen Vortrages wieder: „Es ist ganz ausgeschlossen mit dem Feinde im Süden mit dem gekappten Kopf zu machen und es ist vierwöchiges Krieg zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Generals Antrag, der auch alle seine Abteilungschiefe und ebenso der Generalstaatsmeister, der Generalintendant und der Chef des Eisenbahnwesens beitreten, sei die einzige Rettung die sofortige Abdankung des Kaisers.“

Später habe der Feldmarschall das Wort ergreifen und erklärt, daß „alle Nachrichten, die die Oberste Heeresleitung von der Heimat und dem Heere hätte, die Notwendigkeit der Abdankung unumgänglich nötig machen.“

3. Die Denkschrift behauptet, daß die erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichskanzlei erst gegen Ende des militärischen Vortrages eingetroffen sei. Diese Behauptung ist unrichtig und unbegründet.

Über die Schritte, die vom 23. Oktober unternommen wurden, um dem Kaiser die freiwillige Abdankung nahezulegen, werde ich am anderen Ort berichten. Ich erwähne nur die Mitteilung, die vom 7. November nach Überreichung des Ultimatums der Sozialdemokratie dem Hauptquartier von mir zugingen.

Unmittelbar nach dem Abschiedsgefecht, daß ich dem Kaiser auf Grund jenes Ultimatums einredete, wurde ein Erinnerungssticker folgenden Inhalts abgefaßt: „Ich erinnere in dem Eingangstag die Gefahren, die ein unter dem Druck der Sozialdemokratie erfolgter Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen für die Dynastie und das Reich bedeuten und die ich durch meine Schritte beim Kaiser

und dem Kriegskabinett abzuwenden, mich bemühte. Unsererseits konnte ich auch eine größere Gefahr, eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zu bilden; diese führte nur eine Militärdiktatur ein und müßte unvermeidlich zum Bürgerkrieg und zur Zerstörung des deutschen Volkes durch den Nationalsozialismus führen; schon der Versuch, die durchzuführen, würde scheitern, daß die Truppen zum größten Teil zu den Aufrührern übergehen würden. Ich hielt es deshalb für meine Pflicht, eindringlich vor einem solchen Schritt zu warnen.“

In der Nacht vom 7. zum 8. November ging ein weiteres Telegramm an den Kaiser ab: Um die Sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Übergang der Massen in das radikale Lager zu verhindern, müßte man den Unabhängigen und der Spartakusgruppe das Schlagwort entwinden, dessen Massenigung noch befürworten der Waffenstillstandsbedingungen noch wachsen würde. Ich riet aber nicht, das Ultimatum einfach anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als die Sozialdemokraten vorsahen. Der Kaiser würde unverzüglich den festen Willen aussprechen, sobald der Stand der Waffenstillstandsbedingungen die Ausschreibung von neuen Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung gefordert, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes zu lassen möchte, einschließlich der bisher in das Reich nicht angenommenen Volksliste. Bis dahin werde der Kaiser einen Stellvertreter bestellen.

Zur Empfehlung dieser Lösung machte ich geltend, der monarchische Gedanke würde bei den Neuwahlen einen Vorsprung erhalten, weil die Initiative zur Feststellung des Wahlwillens von der Krone ausgehen würde. Der Kampf würde von ungezählten in lokale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt, der ruhigen Bevölkerung die Möglichkeit der Gegenwirkung gegeben werden. Ich schloß diesen Hinweis auf die Verschärfung der Lage im Reich; in Würzburg sei die Republik ausgerufen, in Stuttgart sei die Abdankung des Königs gefordert worden.

Aus dieser Appell blieb ergebnislos. Am 8. November bat er, erhielt ich folgendes Telegramm im Auftrag des Kaisers: „S. M. hat es völlig abgelehnt, auf die Wiedereinsetzung Kaiser Großherzogtum Sachsen in der Thronfolge einzugehen und hält es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben.“

Darauf führte ich am Abend ein Telephongespräch mit dem Kaiser herbei. Es dauerte ungefähr 20 Minuten. Ich gab jetzt meine Ausführungen nach den Notizen wieder, die der im Zimmer anwesende Legationsrat v. Britzky gemacht hat.

Die Abdankung S. M. sei notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und die Mission als Friedenskämpfer bis zum Schluss zu erfüllen. Wenn jetzt durch den Besuch des Kaisers der Bürgerkrieg und Schlimmeres verhindert werde, so werde sein Name in der Geschichte gesichert sein. Wenn er jetzt nicht erfolge, so werde im Reichstag die Forderung nach Abdankung erhoben werden und durchsetzen. Die Haltung der Truppen sei nicht zuverlässig. In Köln sei die Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. In Braunschweig wehe die rote Fahne auf dem Schloß. In Münster sei die Republik ausgerufen. In Schwerin tage ein Arbeiter- und Soldatenrat. Das Militär habe sich nirgend bewährt.

Es befinden zwei Möglichkeiten: 1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung; 2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regententhalt für den Kurfürsten. Das letztere verlangt der interfraktionelle Zusammenschluß, das erste erfordere mir als der beste und bietet alle Chancen für die Monarchie. Welche Schritte auch immer geschlagen, sie müßten

Kur sahn wir genau gehabt werden, daß der Glaube nicht abhängt von Verstand oder Bildung. Bei Verstand oder Bildung findet man sehr häufig eine Glaubensweise oder eine Leichtgläubigkeit, welcher jeder Christ sich schämen müßte. Es gibt sogar Gelehrte, welche glänzende Examen gemacht; sie verachten die Evangelien; aber sie schwören mit einem wahren Glaubensbeweis zu den stolzesten eines verjagten Professors.

Ulli stiecklein ist's also nicht zu verargen, daß sie das Heilige in seinen Matschläufen nicht begriffen, dieweil sie halt keinen Glauben zu ihm hatten. Aber Ulli ist zu bedauern, daß er sich den Sonntag rausch ließ, gleichsam so unvermert, wie die Diebe die Börsen stehlen sollten; denn war er vormittags nicht in der Predigt, sah er nachmittags noch viel weniger in die Kinderlehre, kam aber auch zu seinem Bude. Nachmittags mußte er irgendwo aus, wo er an den Arbeitsplätzen sich nicht Zeit nahm: einem Handwerkermann nach, oder um eine Subs aus, oder wollte Geld von einem Müller für Korn, oder einem Wirt für eine Seite Subs. Es war immer etwas zu kaufen und manchmal lief er sich unter Atem und ward doch nicht fertig. Man glaubt aber nun gar nicht, was das für einen Einfluß auf ein Gemüt hat, wenn kein Lichtstrahl von oben es mehr erleuchtet, kein Himmelsbrot es mehr fräßt, die Tornen und Dornen des Lebens es überwunden, die Sorgen und Gedanken um Gewinn und Gewerbe es, dichten Nebeln gleich, umschleieren. Man denkt sich eine wilde Lust, in welche die Sonne nie scheint, aus welcher die Welt nie weiden; man denkt sich, was da möcht, was da friecht und flattert; man denkt sich das grausige Leben, wenn man gebaut würde in eine solche Lust, da leben müßte in den Nebeln unter dem äußigen Gesichte und ohne Sonne, nicht einmal sich heben dürfte empor über den Rand der Lust, nicht einmal mehr den Kopf reden könnte über die Nebel empor, in frische, gesunde Lust hinein!

Ulli der Pächter

Von Jeremias Gotthelf

(27. Fortsetzung)

Neuntes Kapitel

Vom Gemüt und vom Gesinde

„Ein Jahr ist nicht alle Jahre,“ so sagt ein Sprichwort, die Wahrheit desselben erfuhrt Ulli. Es war ein spät Frühjahr, war veränderlich Wetter; man mußte die Zeit zur notwendigen Arbeit stehlen, mußte in Wind und Wetter, in Schneegestöber manchmal aushalten, fast wie die Franzosen in Ruhland. Nun, die waren diszipliniert; darum schlügen sich noch so viele durch und kamen mit dem Leben davon. So war es lauter und diszipliniertes Volk gewesen, kein Mann wäre aus Ruhland gefommen. Nun aber hatte der arme Ulli weder alte noch junge Garde, sondern undiszipliniertes Volk in der Mehrzahl. Das war ein schrecklich Fuhrwerk mit demselben. Wer hat wohl schon an einer Ziege gerissen, damit sie rascher marschiere? Der hat es erfahren, wie die Ziege, statt rascher zu marschieren, alle vier Beine aussteckt und gar nicht mehr vom Platz will. So geht es auch mit Dienstboten, welche undiszipliniert sind: sie halten zurück, sie machen immer langsam, am Ende gar nichts mehr. Zuerst stellt so gleichsam einen Knüppel vor, der sich dem Meister zwischen die Beine wirft, wenn er rascher zufahren will. Von dieser Widerstreitigkeit wurden allgemach auch die Tagelöhner angepeitscht; es entstand eine heilsame Wirtschaft. Ulli arbeitete sich ab wie ein Ross in einer Tretmühle; wie das Rad umgeht, ließen die Tage vorbei; aber wie das Werk nicht weiter kommt, so schien Ulli gebannt und nicht vorwärts zu kommen. Je schlechter man arbeitete, desto mehr fragten die Leute über Ulli Unverständigkeit: wie man ihm nie genug arbeiten könne, auch wenn man sich quäle wie ein Hund. Natürlich hatte man immer

später Feierabend, Ulli immer mehr zu freiben und zu tödeln, daher die Leute scheinbar Grund zu klagen. Begreiflich fühlten sie den Spitzer in Ullis Augen; den Ballen im eigenen sahen sie nicht. Sozi hatte Ulli den Sonntags reipstiert, Misten, Gräfen und sonstige Arbeit vermieden, war gerne am Sonntag zur Kirche gegangen, hatte ordentlich Appell nach Gottes Wort; er hatte die Natur, welche die Worte des ewigen Lebens wohl taten, Bedürfnis waren, gleichsam eine Nahrung, welche die Natur verlangte. Wie aber Rebel in Türen sich drängen allgemach, bis die Türen endlich voll Rebels sind und unsichtbar die Sonne geworden ist, so drängte sich allgemach die Arbeit in den Sonntags hinein; er wird finster; das ewige Licht sahen immer düsterer, schien am Ende gar nicht mehr hinein. Was sonst am Sonnabend gemacht worden war, wird verlegt auf den Sonntag Morgen, und wenn Ulli nicht selbst dabei war, ward es gar nicht gemacht. Die Lumpischen Klecklein waren Nachsdwärmer, wie es die meisten sind, standen am Sonntag nicht auf, und was Ulli darüber sagen möchte, es half alles nichts; sie hatten keinen Glauben zu ihm, sondern das Vorurteil gegen ihn, daß allem, was er sage, eigenmüsig Abhören zugrunde lägen. Wo das einmal so ist, hat es gescheit; da hilft alles Zureden nichts. Bei den meisten Menschen auch der Glaube es machen; zum Erwählen und Erlernen einer Sache sind sie unaufgänglich. Dieses fühlen sie dunkel; daher das Misstrauen, namentlich gegen alle, welche über ihnen stehen; daher die unbegreifliche Herrnäigkeit, mit welcher sie das Verderblicke treiben, wenn es ihnen von Leuten eingebüllt ist, zu welchen sie den Glauben haben. Die Menschheit steht unendlich mehr unter der Herrschaft des Glaubens, als man wähnt, Freilich frägt sich dann immer, an wen man glaubt. Je nachdem die Gemüter sind, hat ein Glaube Gewalt über sie, wie die verschiedenen Stoffe verschieden empfänglich sind für das Licht, daher auch in verschiedenen Farben sich darstellen.

mit der größten Bedeutung unternommen werden. Wenn das Ueber erst erfolge nachdem schon Blut vergossen ist, dann habe es keine Wirkung mehr. Falls der Kaiser diesen Schritt tue, wäre mit Hilfe der Sozialdemokraten die Situation gebalten werden, sonst siehe Revolution und Republik bevor. Das freiwillige Ueber ist erforderlich, um den Namen des Kaisers in den Gedächtnis zu erhalten.

Der Kaiser war gänzlich unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, wuchs von einer militärischen Expedition gegen die Heimat und ging auf meinen Vorschlag nicht ein. Sollte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. die Wahrheit über die Armee gesagt, wie sie ihm endlich am 4. fehlte, so zweifle ich nicht daran, dass der Kaiser am 8. abends den Thronverzicht ausgesprochen hätte.

Zwar am Abend und während der Nacht wurde die Orientierung des Hauptquartiers fortgeführt; durch Telephonate von Erzherzog Tölf und von mir, Telephonate von Oberst v. Hattendorf mit dem General Grönauer von Erzherzog Woburnaß mit Freiherrn v. Grünau. Meiner Orientierung nach ist auch eine Ansprache eines sozialdemokratischen Führers, die am Mittwochnacht in der Reichskanzlei eintraf, logisch nach Spaas weitergegeben worden. Sie besagte, dass die Abdankungsrede bis zum frühen Morgen da sein müsse, wenn man die Arbeiter in den Fabriken zurückhalten wolle. So ist es ausgeglichen, dass die Oberste Heeresleitung am 8. November über den zwischen Berlin und Spaas über die Abdankungsfrage geführten Verhandlungen nicht orientiert worden ist. Sie wusste, welche entscheidende Bedeutung ihre militärischen Gutachten für die Entscheidung des Kaisers haben werde. Sie musste sich sagen, dass die Erfolge in Berlin zur schnellsten Entscheidung drängten. Sie in der "Deutschen Zeitung" veröffentlichte Denkschrift enthielt, dass die Oberste Heeresleitung bereits am 8. abends die Rückführarbeit der vom Kaiser befohlenen Operationen gegen die "Kämpfer erspart hatte" — es lagen bereits damals Beispiele unerhörter Unzulänglichkeit von Formationen vor, die als Kavallerie angefechtet wurden und denen die Aufgabe zugewiesen war, den Rücken des Großen Hauptquartiers gegen die Aufklärer zu decken. Was hat die Oberste Heeresleitung veranlasst, am 8. zu verzögern? Warum wurde nicht wenigstens noch in der Nacht vom 8. auf den 9. ist der noch nichts machen ließ, die Unzulängigkeit des Kaisers in Angriff genommen?

4. Die Denkschrift spricht von Widersprüchen zwischen den Ansichten der Reichskanzlei und des Gouvernements über die militärische Lage in Berlin am Vormittag des 9. Es ist unmöglich, dass der Ausdruck, Berlin flösse in Blut, von irgendeinem Herrn der Reichskanzlei gebracht worden ist. Hier muss ein telephonisches Mißverständnis vorliegen. Wohl ist es möglich, dass die Angaben der Reichskanzlei und des Gouvernements in belanglosen Einzelheiten auseinander liegen. Worauf es ankommt, ist, dass sie in der entscheidenden Tatfrage übereinstimmen: die Situation in Berlin ist mit militärischen Mitteln nicht zu halten wird. Die Denkschrift des Generals von Schürenburg: Gleichzeitig lief die telefonische Antwort des Gouverneurs von Berlin ein, die diese Mitteilung des Reichskanzleramtes bestätigte, dass die Truppen übergegangen seien und er selbst keine Truppen mehr in der Hand habe.

5. Die Denkschrift lässt die wichtige Tatfrage unerwähnt, dass auf Grund der Anklärung über die Armee und am Grund der Vorfälle und Radikalisierung in Berlin der Kaiser sich im Laufe des Vormittags tatsächlich zu dem Entschluss durchgerungen hatte, abzudanken, und zwar vorbehaltlos als Kaiser und König von Preußen, Graf Schürenburg und auch ein anderes Anzeichen bestätigte: „Z. B. waren durch diese Befehle ausgiebig beeindruckt und schließlich entklossen, seine Person zum Krieg zu bringen, nur den Bündnerkrieg zu vermeiden.“ Das muss ungetan am 11. Uhr gewesen sein.

Eine erneute Tatfrage änderte trat ein auf Grund der Einwirkung des General Graf Schürenburg, der im Gegensatz zu den Vorfällen der Oberste Heeresleitung erklärte, die Stunde stehe doch hinter dem Kaiser und würde auseinanderfallen, wenn er nicht süchtig von Wegen mit Oberster siegesherr bleibe. Hierbei ist zu bemerken, dass die Schürenburgsche Auffassung von der Haltung der Armee gleich darauf von den Frontoffizieren jener eigenen Armee widerlegt wurde.

Der Kaiser trat dem Schürenburgschen Kompromissvorschlag bei und entschloss sich, nur als Kaiser und nicht als König von Preußen abzudanken.

Die Denkschrift verbürgt, was ebenfalls Graf Schürenburg in seiner in der "Zeitung" veröffentlichten Berichtsmitschrift, dass der Kaiser die soziale Orientierung über die neue Röntgen für notwendig hielt, dass es aber General Graf Schürenburg gelang, die bereits in diesem Sinne am Staatssekretär v. Eberts gegebenen Befehle rückgängig zu machen und diese Verantwortung aufzuschieben, bis die schriftliche Auffassung vorliegen würde und außerordentlich. Er selbst sollte dann am Telefon und erwähnte gegenüber den erneuten Drängen der Reichskanzlei nichts von der neuen Wendung, sondern er will nach seiner eigenen Aussage die Worte abgebracht haben: "Eine so wichtige Entscheidung wie die Abdankung des Kaisers könne nicht in wenigen Minuten getroffen werden. S. B. hätten seinen Entschluss gefasst. Er würde natürlich im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müsse sich freudigen, bis diese Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihrer Hand sein würde."

Für die Beurteilung meiner Handlungsmöglichkeit ist die Frage entscheidend, welche Kenntnis hatte die Reichskanzlei von diesen Vorgängen in Spaas? Ich stelle die Reihenfolge der wichtigsten Ereignisse zusammen: Um 9½ Uhr traf die telefonische Nachricht aus dem Hauptquartier ein, die Oberste Heeresleitung habe sich entschlossen, wahl' S. B. zu melden, dass die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden, und dass die Armee eine Ernährungsschwierigkeit nicht imstande sei werde, einen Bürgerkrieg zu führen. Die Vereinigung

Großherzog Waldburgs, unter diesen Umständen bleibe doch nur die Abdankung übrig, fand keinen Widerpunkt. Bald nach 10 Uhr kamen die ersten Nachrichten über versprechenende Truppen ein: 2. Leibregiment, Raumburger Jäger, Zürcher Artillerie. Für die Beurteilung der Lage war das Wissen der Raumburger Jäger von ausschlaggebender Bedeutung. Sie waren eigens wegen der erwarteten Kämpfe nach Berlin angezogen und noch am Abend vorher als zuverlässige Truppen bezeichnet worden. Das Vertrauen der Raumburger Jäger hat eine moralisierende Wirkung auf die ganze Garnison ausgeübt, weshalb wurden sofort nach dem Hauptquartier weitergegeben, weshalb wurde sofort nach dem Hauptquartier weitergegeben. Die Möglichkeit einer Gegenwirkung der befehleneren Elemente der Sozialdemokratie verringerte sich von Minute zu Minute. Ich habe deshalb ins Hauptquartier geschickt, es handelt sich nicht um Stunden, sondern um Minuten. Untere Telephones wurden in Spaas entgegengenommen durch die Herren von Hinge, Grünau, General Schulenburg, General Grönauer und, wie ich glaube, auch durch Herren von Strichfeld. In diesen Telephongesprächen, die gegen 11 Uhr stattfanden, wurden wir immer aufs neue vertrostet, die Entscheidung stünde bevor, die Sache ginge ihren Gang. Wir sollten nur noch etwas warten und vergleichen mehr.

Der übereinstimmende Eindruck der Gespräche in der Reichskanzlei war, dass die Dinge im Hauptquartier sich so entwideten, wie sie sich nach dem Vortrage der Obersten Heeresleitung eigentlich naturnaherweise entwideten müssten, das heißt dass der Kaiser abdanken würde.

Nach 11 Uhr lauteten die Nachrichten bestimmt. Die für mich maßgebenden Telephonmeldungen waren:

Die Angelegenheit sei jetzt sachlich entschieden. Sie seien jetzt bei der Formulierung. Der Kaiser hätte sich zur Abdankung entschlossen. Wie würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.

Ich halte es nach den neuen Meldungen für sehr möglich, dass noch bei unserer letzten Telephonmeldung bereits der "Müddhall" des Kaisers eingetreten war, und dass diese Meldung mit dem oben erwähnten Telephon des Generals Schulenburg identisch ist. Diese Meldung ist so wichtig, dass ich sie noch einmal hierher legen will: "Eine so wichtige Entscheidung, wie die Abdankung des Kaisers, könne nicht in wenigen Minuten getroffen werden. Seine Majestät könnte jedoch einen Entschluss gefasst, er werde im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müsse sich freudigen, bis die Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen ein werde."

Selbst wenn die Telephonverbindung genau dieser Vierheit gehabt hat, den Graf Schulenburg hier zu K. konnte die Reichsregierung sie nicht anders verstehen, als dass er, dass der Kaiser den Entschluss zur Vorbereitung einer Abdankung gefasst habe und nur die Form noch nicht gefunden habe.

Die Möglichkeit einer Sinnesänderung konnte von mir nicht in Betracht gezogen werden. Waren mir doch die beiden entscheidenden Tatsachen bekannt, die als Grundlage für die Entscheidung des Kaisers anzusehen waren: das Gutachten der Obersten Heeresleitung über die Haltung der Armee und die Berichte über die Machtverhältnisse in Berlin.

Ich wiederhole: von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen war in den Telephongesprächen vom 9. November und auch vorher mit keiner Stille die Rede gewesen. Graf Schulenburg hatte in Spaas erzählt, dass der Kaiser seinen Befehl, den Kaiser sofort über die neue Wendung zu orientieren, zurückzog. Von politischer Seite aus aber konnte niemand von selbst auf diesen Kompromiss verzichten, der staatsrechtlich ebenso ungültig wie politisch ungünstig war. Die Abdankung als Kaiser und nicht als König von Preußen war unvereinbar mit der Verfassung, vor allem rückte sich die ganze revolutionäre Bewegung weit mehr gegen die Person des Kaisers als gegen die Institution.

Die Zeit vertraut, ohne dass die in Aussicht gestellte Formulierung eingesetzt. Telephonische Verbindung zu erhalten, wurde dann wiederholt verkündet: In der Kaiservilla war eine Telephon abgehängt, das andere defekt.

Die Situation in Berlin hatte sich immer weiter zu Gunsten der Revolutionären entwidelt. Jeden Augenblick konnte die Absetzung des Kaisers durch die Garde protokolliert werden. Die zu verhindern, sag ich kein Machtmittel, der konnte nur vorgebeugt werden dadurch, dass der Entschluss zur Abdankung verhindert wurde. Sollte noch der genaue Augenblick zugunsten des Kaisers und seines Hauses eintreten, so würde die Veröffentlichung sofort erfolgen. Die Absetzung als Kaiser und nicht als König von Preußen war unvereinbar mit der Verfassung, vor allem rückte sich die ganze revolutionäre Bewegung weit mehr gegen die Person des Kaisers als gegen die Institution.

Ich sah mich vor die Wahl gestellt, entweder abzuwarten und nichts zu tun oder auf eigene Verantwortung zu handeln.

Ich wusste, dass ich formell nicht berechtigt war, ohne Einverständnisserklärung des Kaisers die Veröffentlichung vorzunehmen, aber ich hielt es für meine Pflicht, den Entschluss des Kaisers bekannt zu machen, solange es noch einen Sinn hatte.

Ich war mir der Schwere der Verantwortung voll bewusst, als ich dem W. T. B. die nachstehende Erklärung zu geben ließ:

"Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, mit dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und mit der Einziehung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er abschlägt, dem Regenten den Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung der allgemeinen Wahlen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschla-

gen, der es obzuliegen hat, die fünfjährige Staatsform des deutschen Volkes einzuführen der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen."

Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern und der stets eine verfassungsgemäße Lösung zu geben. Er scheiterte, weil er zu spät kam. Noch am 8. November, vielleicht am 9. ganz früh hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten können.

Die Verantwortung dafür, dass diese rettende Tat unterblieb, tragen in erster Linie diejenigen, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlassten, am 29. Oktober ins Hauptquartier zu reisen, und ihn dadurch der politischen Auflösung in der Abdankungsfrage entzogen; diejenigen, die diese Reise hinter meinem Rücken vorbereiteten und dadurch ein wirksames Veto der Reichsleitung verhinderten, und diejenigen, die den Kaiser bis zum 9. November in Unkenntnis über die wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November sich gezwungen sahen, einzugehen, dass die Armee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen. — gez. Prinz Max von Baden.

Ein General für Erzberger

Weimar, 8. August. Der bekannte Afrikakämpfer General der Infanterie v. Derning hat an den Reichsminister Erzberger folgendes Schreiben gerichtet: Baden-Baden, den 1. August 1919. Hoch verehrter Herr Reichsminister! Mögen Sie sich meiner noch entsinnen? Als ich im Jahre 1917 mit den Holsteinern einen Verständigungsfrieden geschlossen habe, wie's ich im Reichstage und in der Presse von den Alldentzern und seines Interessenten angegriffen. Wie Sie gewiss wissen, Herr General, so schrieb man mir u. a. ich nicht preußisch, Preußisch ist, dass man den Feind besiegt, nicht, dass man sich mit ihm verständigt. Damals waren Sie, Herr Reichsminister, der einzige, der im Reichstage für uns eintrat und darauf hinweis, dass ich den deutschen Volk durch Schlussmäden mittels Verständigung fünf und viele Millionen an Gut erwart habe. Dieser Erfolg und das Karlsbaren Interesse bin ich Ihnen nicht vergessen. Mit warmer und dankbaren Interesse bin ich im Weltkriege Ihren Verkündigungen zur Erreichung eines Verständigungsfriedens gefolgt. Dass jede Verständigungspolitik gescheitert ist an der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstages und der Charakterlosigkeit der Reichskanzler, das haben einstige Truppenführer an der Front, denen klar war, dass man gegen die ganze Welt unmöglich auf die Dauer siegen kann, zumindest während des serigen Krieges belastet und verflucht. Man nimmt ordentlich auf, dass endlich die Wahrheit ans Licht kommen soll. Und auch das ist der Verteidiger. Wir müssen die Wahrheit haben, aber nicht die holde, sondern die ganze. Rücksichtlos muss mit den Scheinwerfern in die verborgenen Winkel hinein gelenkt werden. Das deutsche Volk braucht die Wahrheit, und wenn es über Leichen finde. Es braucht die Wahrheit zur Selbstverlehnung, zur Lauterung, zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt und zur eigenen inneren Ruhe. Meinen Sie, Herr Reichsminister, aus dem jegigen Trommelrhythmus als Sieger hervorzuholen, und möge Ihnen die aufdringliche Bestimmung eines alten Soldaten eine kleine Freude in dem schweren Kampfe bereiten. Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre, zu sein Ihr sehr ergebener v. Derning, General der Infanterie g. D.

Parteibewegung in Bayern

Die letzten Wahlen zu den Kreisträten haben ein interessantes Bild der Parteistärken in Bayern ergeben. Die Sozialdemokraten und Demokraten haben nicht mehr die Hälfte der Wählerstimmen hinter sich. Den Sozialdemokraten zogen die "Linabhängigen" die Stimmen ab, indem sie sagen, dass die Wehrbeitssozialisten eigentlich vielleicht (man betrachte nur manche ihrer Abgeordneten) keine richtigen Proletarier mehr, sondern bereits ins Kleinstbürgertum aufgestiegen seien. Betrachtet man den Anteil der Unabhängigen, die seit der Landtagswahl etwas über 100.000 Stimmen gewonnen haben, mehr als einen Vorsprung der habschischen Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie. So ist der Hauptindruck der, dass sich die Partei der Volksparthei am besten von allen Parteien gehalten hat. Zwar hat auch sie gegenüber der Landtagswahl im Vergleichsgebiet fast 250.000 Stimmen weniger aufgebracht, was einer Verringerung ihrer damaligen Stimmenzahl um 21 Prozent entspricht. Ganz anders entwickelten sich die Verhältnisse für die körnigen Parteien. Die sozialdemokratische Wehrbeitspartei verlor 52 Prozent. Demokraten und Bauernbündler haben einen Verlust von je 40 Prozent aufzuweisen, indem erstere von 422.000 auf 260.000, letztere von 310.000 auf 186.000 zurückgingen. Die bürgerliche Volkspartei hat gegenüber den Sammelauswahlen ihres Prozentualen Anteils an der Gesamtstimmenzahl von 36 auf 40 Prozent erhöht und steht überhaupt als die weitaus stärkste Partei auf sicherem Grunde da. Die beiden sozialdemokratischen Richtungen haben zusammen nur mehr 32 Prozent der Stimmen erzielt gegen fast 35 Prozent im Januar. In weitem Abstand folgen die Demokraten mit 12 Prozent (14) und die Bauernbündler mit 9 Prozent (11) der Stimmen. Die Mittelpartei aus Konservativen und Pionierliberalen hat 55 Prozent der Stimmen aufgebracht.

Der Wahlausgang der Sozialdemokraten und Demokraten ist ungewiss. Die immer noch so laut sich gebärdende Sozialdemokratie hat nicht einmal mehr ein Drittel der Bevölkerung hinter sich. Auf ihre beiden Richtungen würden von den 156 rheinischen Landtagsmandaten nach dem Ergebnis dieser Wahl etwa 45 entfallen. Sozialdemokraten und Demokraten zusammen verfügen mit 44,5 Prozent über weniger als die Hälfte der Stimmen.